

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.  
Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort:  
Leipzig, Raben & Komp.

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn monatlich 2,00 M. Durch  
die Post bezogen vierteljährlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland  
und Österreich-Ungarn 8,00 M.  
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Verlagszeit: von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Komposition 50 Pf., davon 40 Prozent  
Zerlegungszuschlag, bei Familienanzeigen die Seite 60 Pf. (ohne Zerleg-  
zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Berücksichtigung zur Aufnahme an son-  
ntäglichen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Zeichnungsbildung 20 Pf.

Nr. 164.

Dresden, Sonnabend den 19. Juli 1919.

30. Jahrg.

## Auf zum Protest gegen Imperialismus und Gewaltfrieden!

Montag abend finden in Groß-Dresden.

### große Versammlungen

statt. Wir fordern das werktätige Volk auf, sich in Massen einzufinden.

Die Lokale werden noch bekanntgegeben.

Der Bezirksvorstand.

## Friedensschluß in Stettin.

Der Friedensschluß in Stettin über Stettin und Umgebung sowie über den Regierungsbezirk Straßburg ist nach Verhandlungen, die unter Leitung des Oberpräsidenten und der Kommissare des Staatsministeriums gestern nacht in Stettin stattfanden, aufgehoben worden. Damit ist auch die Verordnung des Generalstreiks über Maßnahmen gegen die streikenden Landarbeiter aufgehoben. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben den sofortigen Abbruch des Generalstreiks angefragt. Die Arbeit wurde bereits wieder aufgenommen. Ebenso wurde der Bürgerstreik für beendet erklärt. Von den an den Verhandlungen beteiligten Parteien wurde allseitig anerkannt, daß nach Abschluß von Tarifverträgen ein Tarifbruch streng zu vermeiden ist und daß insbesondere ein Tarifbruch der Landarbeiter während der Erntezeit ein Vergehen gegen die Gesamtheit des deutschen Volkes darstellt. W. L. B. meldet über die erfolgte Einigung:

Stettin, 18. Juli. Die Verhandlungen im Oberpräsidium zu Stettin am 17. Juli haben die Liebesvereinbarung der Vertreter der Zivil- und Militärbehörden mit den Vertretern der Arbeiterbewegung dahin ergeben, daß gegenwärtig ein Grund zur Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in der Provinz Pommern nicht besteht. Die Kommissare des Staatsministeriums und Staatssekretär Meyer und Staatsrat haben insbesondere kraft der ihnen erteilten Vollmachten namens der Staatsregierung den über die Provinz Pommern verhängten Belagerungszustand aufgehoben. Hierdurch entfallen alle Maßnahmen, die auf Grund des am 12. Juli verhängten vorläufigen Belagerungszustandes der demgemäß ergriffenen Verfügungen ergriffen worden sind, insonderheit etwaige Verfügungen auf Grund des belagerten Belagerungszustandes wegen politischer Vergehen im Hinblick auf Angelegenheiten eines Strafverfahrens nach dem Gesetz über die Einwirkung des Generalkommandos auf die Justizverwaltung, die in Zukunft Maßnahmen von der Bedeutung des Belagerungszustandes nicht ohne Zustimmung der Militärbehörden und im Benehmen mit den Vertretern der Arbeiterschaft getroffen werden können. Die Kommissare glauben, daß hierzu um so mehr entschlossen zu werden, als die Vertreter der Arbeiterschaft die sofortige Aufhebung des Generalstreiks angefragt haben. Es wurde auch insbesondere von ihnen anerkannt, daß nach dem Abschluß von Tarifverträgen die beiden Parteien gebunden sind, jeden Tarifbruch zu vermeiden und daß er namentlich während der Erntezeit ein Vergehen gegen die Gesamtheit des deutschen Volkes darstellt. Die Organisations- und Schlichtungsstellen sind auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1918 eingerichtet worden, soweit es noch nicht geschehen ist. Den Landarbeitern ist es aufgegeben, über das diesbezügliche Verbot bis zum 10. August zu berichten. Die Organisations- und Schlichtungsstellen haben sich schon bei den Vorbereitungen zu beteiligen. Der Bürgerstreik ist als beendet erklärt worden.

### Die Wiederaufnahme der Arbeit.

Nach der Aufhebung des Belagerungszustandes entfällt der Grund zu einer Fortsetzung des Streiks. In Stettin hat denn auch eine gestern vormittag abgehaltene Vertrauensmännerversammlung der Gewerkschaften mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, den Generalstreik zu beenden und die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die lebenswichtigen Betriebe sollten gestern nachmittags bereits die Arbeit wieder aufnehmen, während die übrige Arbeit

am morgigen in vollem Umfange wieder einsetzt. Die meisten Geschäfte sind bereits geöffnet; die Straßenbahnen und die Eisenbahnarbeiter haben sich schon auf ihre Arbeitsstellen begeben. In Greifswald ist es, wie die Greifswalder Zeitung meldet, nicht zu einem Streik gekommen. In Straßburg werden wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages der General- und der Arbeiterstreik abgebrochen werden. In Griesheim wird die Arbeit morgen aufgenommen, in Kallam am Montag. Im Landkreis Franzenburg war bereits gestern die Wiederaufnahme der Arbeit bis auf wenige Ausnahmen erfolgt. Die bei den Stettiner Verhandlungen angelegte Verfügung, daß die anlässlich des Streiks Verhafteten zu entlassen seien, wurde bereits gestern vormittag in Greifswald vollzogen. Als die Verhafteten um 12 Uhr aus dem Landesgefängnis entlassen wurden, wurden sie von der angekauften Menge mit Hochrufen begrüßt.

### Drohender Generalkrieg in Weimar.

Weimar, 18. Juli. Im Anschluß an den in Weimar zur Zeit bestehenden Metallarbeiterstreik beschloß die Vertrauensmänner der gesamten Arbeiterschaft in Weimar, daß falls binnen zwei bis drei Stunden keine Einigung zwischen den Streikenden und den Arbeitgebern zustande kommt, Weimar gesamte Arbeiterschaft am Montag in den Generalstreik eintritt. Der Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt.

### Neue Streiks in Obersachsen.

Ratiborsch, 19. Juli. (Telefon.) Die Metallstreiks in Obersachsen sind gestern wieder aufgelebt. Die Beschäftigten der Maschinenfabrik und der Eisenwerkstatt sind in den Ausstand getreten, der erstere mit 1400 Mann, die letztere nahezu gänzlich, jedoch ist hier die Arbeit heute wieder aufgenommen worden.

## Bildung und Schule.

Aus Weimar wird uns berichtet: Auch am Freitag brachte die Nationalversammlung wieder zwei Sitzungen, in denen sie allerdings die 9. Artikel des 4. Abschnittes der Verfassungsgrundrechte beabsichtigte. Es handelt sich um die gewaltigen Kulturfragen der Bildung- und Schulwesen, so daß vornehmlich Lehrer, ehemalige und im Dienste befindliche, das Wort ergriffen. Den Reden eröffnete und schloß der Räteberger demokratische Stadtschulrat Weich zuerst als Vertreter der Regierung, hernach als Abgeordneter. Für die Regierung sprach Genosse Dr. Dabid (ehemals Lehrer) als Reichsminister des Innern, für unsere Partei und im weiteren Verlauf der Debatte ein zweites Mal als Unterstaatssekretär Genosse Schulz (ehemals Lehrer) und ebenfalls als Reichsminister des Innern, die Deutsche Volkspartei, während die deutsche Nationalpartei und die Unabhängigen neben Reichsminister Schulz einen Lehrer nach dem anderen in die mörderische Redeschlacht. Der Angelpunkt war natürlich das Kompromiß zwischen dem Zentrum und uns. Daneben unterrichtete Schulz, daß wir den so überaus wichtigen Arbeitsunterricht durchgesetzt haben, konierte der Kleinmeister und Kleinrentner vom Zentrum seine Partei, indem er gegen die achtjährige Schulpflicht und gegen die Fortbildungspflicht achtjährige Schulpflicht und gegen die Fortbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahre postulierte, so daß ihn sein eigener Fraktionskollege Rheinländer in die Schranken zurückweisen mußte.

Auch der deutschnationale Dr. Philipp ist Lehrer. Aber was für einer! Ein Bauer, der stets so räuberhaft spricht, daß man erstaunt ausblicken muß, um sich zu vergewissern, ob da nicht ein Verflüchter in kurzen Beinleibern redet. Der gute Mann hat die Siegesjahre noch immer nicht hinter sich. Wie die Rage stets auf die Höhe klettert, so bröckelt diese Debatte immer wieder zum Kompromiß zurück. Der Schapauer Seminarlehrer und Schulrat Dr. Seyfert (Demokrat) kann es offenbar nicht verhindern, daß bei der endgültigen Gestaltung unserer Schulverhältnisse seine Partei das Jucken hat, und so befragte er sich über deren angebliche Ausschaltung durch die Sozialdemokratie. Genosse Hagenstein führte ihn aber schlagfertig ab, indem er allerlei Rücksichtlichkeiten der Demokraten, vor allem ihre Scheu vor Mitübernahme der politischen Verantwortlichkeit, geißelte. Wie tief der Pfeil sitzt und wie sehr die Wunde schmerzt, ersah man am deutlichsten daraus, daß die Demokraten, als es zur Abstimmung kam, die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelten und den größten Teil ihrer Mitglieder aus dem Saale herauskommandierten. Inzwischen, so liegen neben Mann zentralen, und so ward denn unter wohlverdientem Hohngelächter die Beschlußfähigkeit freigelegt.

Die 9. Artikel wurden von den Sozialdemokraten und vom Zentrum gegen die vier anderen Parteien angenommen, vor allem natürlich diejenigen, in denen sich das Kompromiß verarbeitete und über die gemäß einer Einigung der Demokraten in dritter Lesung namentlich abgelehnt werden wird. Zunächst ist noch erst die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs zu beantragen. Das soll am Montag und Dienstag geschehen; dazu kommen am Sonnabend allerlei neues Material und von Mittwoch an die große Aussprache über das Regierungsprogramm sowie über die inner- und außerpolitische Lage des Reiches.

## „Räte Demokratie“.

Die Unabhängigen sind doch unverbesserliche Demagogen. Da sie weder Mut noch Kraft haben zu Arbeit oder Kampf, so leben sie von den Abfallprodukten des politischen Lebens, und ihre einzige positive Tätigkeit besteht darin, unmögliche politische Begriffe zusammen zu klopfen, die sie dann als echt unabhängige Staatsweisheit schreien. Da ist z. B. das schöne Schlagwort — was ist die U. S. V. ohne Schlagwort — von der „Räte Demokratie“. Gemeint ist ein Klassenparlament, das in ständiger Schönheit und Gerechtigkeit das dreifache Gebilde der „normalen Demokratie“ überträgt. Was ist daran? Man braucht mit dem Besten unseres Parlaments ganz und gar nicht zufrieden zu sein. Wir sind es am wenigsten. Es widerstrenkt, seine ausschlaggebende sozialistische Mehrheit zu besitzen, es leidet darunter, daß sich die Bourgeoisie durch die Revolution nicht im geringsten hat bekehren lassen. Woran liegt das? Einfach daran, daß der sozialistische Gedanke noch nicht in dem Maße Gemeingut geworden ist, als wir es gern wüßten, daß vor allen Dingen noch große Teile des Proletariats, und vor allen Dingen das sogenannte Mittelstandsproletariat noch den Bürgerlichen anhängen. Wir sind eben noch nicht am Ende des Kampfes, den Willen der Volksmehrheit für unsere Ziele zu gewinnen. Die Kommunisten freilich sind um guten Rat bei diesem Dilemma nicht verlegen. Sie betrachten das Volk als bloße Masse, die man sich mit Hilfe der Räte